

In der EU beginnt die Schuldzuweisung, während die Ukraine-Strategie ins Stocken gerät

Die jüngsten Äußerungen von Angela Merkel haben angesichts einer scheiternden Strategie und schwindender Einheit die Voraussetzungen für eine europaweite Suche nach Sündenböcken geschaffen.

28. Oktober 2025 | Eldar Mamedov

Angela Merkel, die ewige Pragmatikerin, hat ihren Moment gewählt. In einem kürzlichen Interview mit ungarischen Medien [zeigte](#) die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin mit dem Finger auf die Staats- und Regierungschefs des Baltikums und Polens und warf ihnen vor, vor dem Krieg einen möglichen Dialog zwischen der EU und Russland „untergraben“ zu haben.

Was auch immer man von ihrem Vermächtnis halten mag, Merkel hat ein unübertroffenes Gespür für politisches Timing. Ihre Erklärung ist keine historische Randbemerkung, sondern der Auftakt zu Europas drohendem Schuldzuweisungsspiel für die bevorstehende Niederlage in der Ukraine.

Ihre Äußerungen kommen genau zu dem Zeitpunkt, an dem die grundlegenden Annahmen der europäischen Ukraine-Politik zusammenbrechen. Auf dem Schlachtfeld erzielen die russischen Streitkräfte derzeit langsame, aber stetige Fortschritte. In den USA beharrt Donald Trump darauf, dass dies „Bidens Krieg“ sei, nicht seiner, und dass er beendet werden müsse.

Trump scheint zwar nicht mehr darauf zu drängen, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky einige der Bedingungen von Russlands Wladimir Putin akzeptiert, doch seine [derzeitige Position](#) – Waffenverkäufe an die Ukraine, finanziert durch Europa – stellt die Europäer angesichts ihrer zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten [nicht zufrieden](#). Europa sieht sich mit einer Rechnung konfrontiert, die es nicht bezahlen kann, für einen Krieg, den es nicht gewinnen kann – und einen Krieg, dessen strategische Ausrichtung von Washington und nicht von Brüssel diktiert wird.

Diese transatlantische Verschiebung zeigt sich deutlich in den jüngsten Aktivitäten zwischen Trump und Selensky. Ihr Hauptthema ist die mögliche Lieferung von US-amerikanischen Tomahawk-Marschflugkörpern an die Ukraine. Dies ist ein typischer Schachzug von Trump – Eskalation als Mittel zur Erzielung von Vereinbarungen –, aber Trump selbst scheint sich noch nicht für die Lieferungen entschieden zu haben. Er räumt ein, dass dies eine erhebliche Eskalation darstellen würde. Europa bleibt unterdessen nichts anderes übrig, als Trump dazu zu bewegen, „Bidens Krieg“ zu seinem eigenen zu machen, was das endgültige Scheitern seiner eigenen Politik verdeutlicht.

Betrachten wir den Plan, eingefrorene russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen, um der Ukraine zu helfen. Theoretisch wäre dies ein riesiger Gewinn, der auf 183 Milliarden Euro an russischen Staatsfonds geschätzt wird, aber genau dort, wo es darauf ankommt, gerät er ins Stocken: in Belgien, wo der Großteil dieser Vermögenswerte gehalten wird. Brüssel warnt vor einem Präze-

denzfall, der seine Glaubwürdigkeit als globaler Finanzplatz untergraben würde, und vor der erschreckenden Aussicht auf russische Vergeltungsschläge gegen belgische Interessen weltweit.

Während die EU-Kommission nach einer [Formel](#) sucht, die es ermöglicht, die Mittel zu verwenden und gleichzeitig die Interessen Belgiens zu wahren, ist die belgische Regierung noch [nicht überzeugt](#). Hinter verschlossenen Türen geben Diplomaten zu, dass zu den rechtlichen Bedenken noch die Korruptionsprobleme in Kiew hinzukommen, die durch den [jüngsten Versuch](#) von Selensky, eine unabhängige Antikorruptionsbehörde abzuschaffen, deutlich geworden sind – kaum eine vertrauensbildende Maßnahme für die Übergabe von Hunderten von Milliarden.

Die anderen großzügigen Gesten der EU sind ebenso hohl. Der Versuch, die EU-Mitgliedschaft der Ukraine zu beschleunigen, ist gescheitert. Ein von Ratspräsident Antonio Costa auf dem informellen EU-Gipfel in Kopenhagen vor einigen Wochen [befürworteter](#) Plan, bei der Erweiterung von der Einstimmigkeitsregel auf die qualifizierte Mehrheit umzustellen, wurde vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán blockiert.

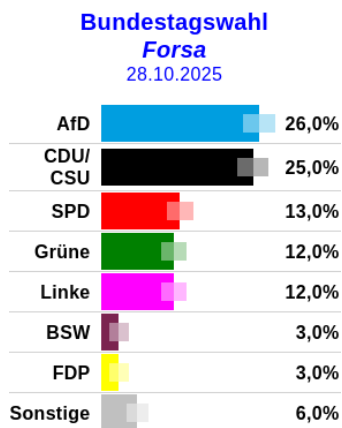
Orbán sorgt für ein öffentliches „Nein“, aber er bietet lediglich politischen Rückhalt für eine Reihe von Einwänden gegen die Mitgliedschaft der Ukraine in der Union, darunter auch von Seiten der neuen Regierung in der Tschechischen Republik. Der Wahlsieger Andrej Babis äußerte sich zu diesem Thema und sagte, die Ukraine sei „noch nicht bereit für die EU, und zuerst müsse der Krieg beendet werden“.

Die von der Kommission als Reaktion auf die wiederholten mutmaßlichen Verletzungen des EU-Luftraums durch Russland vorgeschlagene „[Drohnenwand](#)“ ist in den Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten verstrickt, die die Verteidigungsintegration der EU seit jeher behindern: Die Länder im Süden Europas, die Russlands Wahrnehmung als existenzielle Bedrohung nicht teilen, wie sie in den nordischen Ländern, im Baltikum und in Polen vorherrscht, kritisieren, dass die vorgeschlagene „Mauer“ von allen Mitgliedstaaten finanziert werden soll, sich jedoch fast ausschließlich auf die Prioritäten des Nordens konzentriert.

Diese politische Lähmung spiegelt sich in einer Führungskrise und einem zerfallenden politischen Zentrum wider. Die [Unzufriedenheit](#) mit der Hohen Vertreterin der EU für Außenpolitik, Kaja Kallas, breitet sich selbst unter ihren Verbündeten aus. Einst für ihre entschlossene Haltung gegenüber Russland gelobt, wird sie heute von vielen in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten als diplomatisch unfähig und als monomanische Kriegstreiberin [wahrgenommen](#), was die Beziehungen der EU zu wichtigen Akteuren wie den USA, Indien und China unnötig untergräbt.

Unterdessen bröckelt die innenpolitische Basis für den Pro-Ukraine-Konsens. Frankreich hatte innerhalb von zwei Jahren vier Premierminister, Präsident Emmanuel Macron ist [äußerst unbeliebt](#) und kann keine parlamentarische Mehrheit hinter sich vereinen. Ein wiedererstarkter Anti-Kriegs-Block reicht von der linken Partei „France Unbowed“ bis zur rechten Partei „National Rally“, die sich beide gegen eine weitere Unterstützung der Ukraine aussprechen. Die Popularität dieser Parteien stellt die von Macrons Fraktion [in den Schatten](#).

Die neue tschechische Regierung wurde mit einem Programm gewählt, das die Blankoscheck-Politik gegenüber Kiew [ausdrücklich in Frage stellt](#).



In Deutschland erreicht die Ukraine-skeptische und gelegentlich offen pro-russische Alternative für Deutschland (AfD) Rekordwerte in den [Umfragen](#) – und liegt einigen Umfragen zufolge auf dem gleichen Niveau wie die CDU von Bundeskanzler Friedrich Merz.

Doch trotz des überwältigenden Gefühls einer Sackgasse läuft die Maschinerie der europäischen Politik weiter und arbeitet an einem 19. [Sanktionspaket](#) gegen Russland. Das ist die Macht der politischen und bürokratischen Trägheit – verstärkt durch Russlands eigene rücksichtslose Eskalationen, die darin bestehen, dass es sich weigert, die Angriffe auf die Ukraine einzustellen und den EU-Luftraum zu verletzen.

Doch Europa hat sich selbst in eine Sackgasse manövriert und hofft nun auf einen Zauberstab, der diese Dynamik ändern könnte. Die neueste Fantasie dieser Art hat sich auf amerikanische Tomahawk-Raketen verlagert. Es ist ungewiss, ob diese überhaupt geliefert werden, und noch ungewiss, ob sie die militärische Realität verändern würden. Sicher ist, wie der Kreml [unheilvoll erklärt](#) hat, dass sie den Einsatz dramatisch erhöhen und das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland mit der Aussicht auf den Einsatz von Atomwaffen erhöhen würden.

Indem Europa sich weigert, eigene diplomatische Lösungen zu verfolgen, und gleichzeitig in Washington für Eskalationsmaßnahmen wie Tomahawk-Raketen wirbt, lagert es sein Schicksal praktisch aus. Diese Politik wird nicht von strategischer Weitsicht geleitet, sondern von dem Slogan, die maximalistischen Ziele in der Ukraine „so lange wie nötig“ zu unterstützen. Der Kontinent hat sich selbst zu einem aktiven Teilnehmer an einer Konfrontation gemacht, deren katastrophale Folgen er als Erster zu spüren bekommen würde. Wenn die Stunde der Abrechnung schlägt, wird das Schuldzuweisungsspiel, das Angela Merkel gerade begonnen hat, die einzige Politik sein, die noch in vollem Gange ist.